

## **Politische Moral und politische Kultur in der Bundesrepublik - Vergiften oder reinigen Skandale die Politik?**

---

Prof. Dr. Ulrich von Alemann, geb. 1944 in Seebach/Thüringen, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Staatsrecht an den Universitäten Münster, Köln, Bonn und Edmonton (Kanada). Er wurde 1977 Professor an der Pädagogischen Hochschule Neuss, seit 1980 lehrt er an der Universität-Gesamthochschule Duisburg.

Nicht die Politik  
verdirbt den Charakter,  
sondern  
ein verdorbener Charakter  
verdirbt die Politik.  
(Julius Raab)

Die Dreyfuß-Affäre erschütterte Frankreich um die Jahrhundertwende. Die Watergate-Affäre erzwang den Rücktritt von Präsident Nixon. Die Spiegel-Affäre 1962 unterbrach die Koalition von CDU/CSU und FDP und führte zum Rücktritt von Franz-Josef Strauß als Verteidigungsminister. Und die Flick-Affäre? Ein Minister, Graf Lambsdorff, und ein Bundestagspräsident, Rainer Barzel, traten zurück; ein Untersuchungsausschuß tagte fast zwei Jahre und förderte manche entlarvende Zeugenaussage zutage; gegen zwei ehemalige Wirtschaftsminister und gegen Konzernmanager ist ein Gerichtsverfahren wegen Bestechung und Bestechlichkeit anhängig, das wohl noch durch viele Instanzen lange laufen wird; und gegen zahlreiche Industrielle wird wegen Steuerhinterziehung ermittelt - einige sind bereits verurteilt, andere freigesprochen.

Das war's? Und was geht das die Gewerkschaften an? Ist das ein Polit-Skandal mit einigem Unterhaltungswert in der so langweiligen politischen Landschaft oder beleuchtet er blitzlichtartig den Verfall politischer Moral im Morast der Korruption? Was lernen die Politik und die Publizistik, die politische Bildung und die Politikwissenschaft, die Öffentlichkeit und die Gewerkschaften daraus? Und was kann man tun? Angewidert abwenden? Wie alle anderen auch im kleinen oder im großen absetzen, abschreiben, absahnen? Oder einfach die Verantwortlichen abwählen? Aber wer ist das?

## Politische Kultur und deutsche politische Tradition

Politische Kultur ist ein eigenartiger, doppelt gebrochener Begriff. Er bringt zwei Dinge auf einen Nenner, die so diametral gegensätzlich scheinen: Politik und Kultur. Und er wird von zwei Gruppen völlig unterschiedlich benutzt, von politischen Publizisten, Essayisten und Bundestagsrednern einerseits, die ihn eigentlich immer nur dann verwenden, wenn sie den Mangel an politischer Kultur als etwas diffuses Gutes beklagen, und von Politikwissenschaftlern andererseits, die damit systematischer und analytischer zusammenfassen wollen, was einmal unscharf als „Nationalcharakter“ oder moderner als „nationale Identität“ bezeichnet wurde.

Die historische deutsche Identität ist belastet mit der Bürde, für zwei europäische Kriege in diesem Jahrhundert verantwortlich zu sein. Dies wird gerade im Mai 1985, wenn dieser Artikel erscheint, durch die Erinnerung daran deutlich, was die einen schamhaft „den Zusammenbruch“ oder geschichtslos „die Stunde Null“ und die anderen die Befreiung vom Faschismus nennen. Die Unsicherheit der deutschen politischen Tradition mit diesem Datum, der fehlende Konsens über eine gemeinsame Wertung dieses Tages beleuchten grell das „schwierige Vaterland“, wie es Gustav Heinemann auf den Begriff gebracht hat.

In der Nachkriegszeit sind bis heute viele Fehldeutungen des Endes der Weimarer Republik, des ersten deutschen Demokratieversuches, angestellt worden. Es war nicht die falsch konstruierte Verfassung, die dem Reichspräsidenten zuviel Macht überließ; nicht das Verhältniswahlrecht, das durch Parteiensplitterung die Demokratie zur Anarchie verkommen ließ; nicht der Versailler Vertrag, der die Wirtschaft und Politik bedrückte; auch nicht alleine Weltwirtschaftskrise oder Hochkapitalismus, der Faschismus als repressivste Herrschaftsform des bürgerlichen Kapitalismus einsetzte. Es war sicher dies alles mitverantwortlich, als die Weimarer Republik zusammenbrach. Aber erst das Zusammenspiel der destruktiven Kräfte mit dem Fehlen eines breiten Willens zur demokratischen Republik machte Weimar so verletzlich-verletzlicher als die anderen europäischen Staaten, die von der Weltwirtschaftskrise ebenso getroffen wurden. Nicht einmal die Arbeiterbewegung, die am klarsten hinter der Demokratie stand, war durch die verhängnisvolle Spaltung aktionsfähig. Während die Sozialdemokratie zu Beginn der Weimarer Republik durch ihr kurzsichtiges Zweckbündnis mit konservativen Kräften in Bürokratie und Militär die Spaltung mitverursacht hatte, vertieften am Ende der Weimarer Republik die Kommunisten mit der abwegigen Verschwörungstheorie vom „Sozialfaschismus“ die Kluft so weit, daß an gemeinsames Handeln nicht mehr zu denken war.

Der Nationalsozialismus konnte nicht nur die ökonomischen Schwächen und politischen Mängel am Ende von Weimar ausnutzen, sondern er konnte tief verwurzelte Traditionen, kollektive Wertorientierungen und Verhaltensmuster im breiten bürgerlichen Lager ausbeuten, Einstellungen, von denen auch die Arbeiterschaft nicht völlig uninfiziert geblieben war. Nationalismus und Chauvinismus, der sich am Stichwort „Versailles“ festmachen läßt, gingen mit einer generell antiintellektuellen, antiaufklärerischen, antiwestlichen Stimmung eine gefährliche Verbindung ein. Obrigkeitsstaatliche, vordemokratische Orientierung zusammen mit Bewunderung von Militarismus als der absoluten Steigerung von Staatsmacht, Gehorsam und Disziplin gekoppelt mit bürokratischer Effizienz prägten das bürgerliche Milieu - der Hauptmann von Köpenick trieb dieses Syndrom auf die Spitze. Er wurde als Satire belacht, obwohl er die Bürger hätte erschrecken müssen.

Schließlich wurden noch Antisemitismus meist mit Antisozialismus und Antikommunismus in einem braunen Topf so hemmungslos verrührt, daß selbst ein Quentchen altständischer Antikapitalismus (gegen die Zinsknechtschaft) noch untergeschoben bzw. vorgeschoben werden konnte. Erst die Mischung von ökonomischer und politischer Krise und vordemokratischen Wertmustern machte die deutsche Tradition so brisant, denn für jeden einzelnen Strang gibt es auch Belege aus den europäischen Nachbarländern, die von Antisemitismus, Chauvinismus, Elitismus oder Antikommunismus keineswegs frei waren. Die Belastungen wurden durch die Stärke demokratisch-republikanischer Traditionen dort besser ausbalanciert. Denn nicht an einem Übermaß an Mobilisierung, Politisierung, Partizipation und demokratischem politischem Engagement zerbrach die Weimarer Republik, wie nicht nur einige amerikanische Politikwissenschaftler mutmaßen. Sie wollen damit ihr Plädoyer für eine „gesunde“ Mischung aus aktivem und passivem Verhalten für die Stabilität einer politischen Kultur ableiten.

Auch deutsche Konservative warnen immer noch gern vor zuviel Politisierung der Massen, vor demagogischen Wirkungen der Elemente direkter Demokratie, wie Referendum und Volksbefragung im Rückblick auf das Ende von Weimar. Die wenigen Referenden haben die erste Republik nicht vernichtet. Auch die heutigen Wahlkämpfe sind zu Plebisziten geworden, d. h. sie sind durch Medien und Parteien dazu gemacht worden. Sachplebiszite bei einer Volksabstimmung sind nicht unbedingt emotionaler als Personalplebiszite bei Wahlen.

*Zwischenfazit:* Es waren zu wenig Demokraten und zuviel obrigkeitsstaatliche politische Traditionen, an denen die Weimarer Republik zerbrach.

Die politische Kulturforschung will gerade auf diese Problematik mehr Licht werfen. Sie will nicht nur Institutionenkunde und Ideenlehre betreiben, wie die ältere Politikwissenschaft. Sie will auch nicht nur empirische Detailforschung der Einstellungen und Verhaltensweisen des einzelnen als Wähler oder Parteimitglied anhäufen. Sie will zwischen der sozialpsychologischen, soziologischen und institutionellen Ebene vermitteln, vergleichend und historisch vertiefend die Identität politischer Einheiten erfassen. Politische Kultur ist also ein Scharnierbegriff, der das Individuum mit dem politischen System als Ganzem verbindet.

Peter Reichel<sup>1</sup> hat vorgeschlagen, vier Elemente oder Dimensionen der politischen Kultur zur Forschungsaufgabe zu stellen: (1) den Bereich der Ausbildung von politischem Bewußtsein durch politische Sozialisation; (2) die Herausbildung spezieller politischer Wertorientierungen in der Gesellschaft und ihr Wandel; (3) die Entstehung konkreter politischer Einstellungen, einschließlich politischen Interesses und Engagements und (4) das tatsächliche politische Verhalten als Bürger bei der Wahl oder als Parteimitglied, bei Bürgerinitiativen oder Demonstrationen, beim Singen der Nationalhymne in Fußballstadien oder beim Betrachten von Staatsbesuchen im Fernsehen.

Auch wenn der Begriff politische Kultur manchen Politologen an den Versuch gemahnt, einen Pudding an die Wand zu nageln (Max Kaase)<sup>2</sup>, so sind sich doch eine wachsende Zahl von Wissenschaftlern einig, daß hiermit ein nützlicher Arbeitsbegriff vorliegt, der es erleichtert, die Substanz eines politischen Systems, nämlich nicht die geschriebene Verfassung oder die Wirtschaftsmacht, sondern die Verankerung von Demokratie in den Köpfen der Bürger selbst zu erfassen, zu vergleichen und vertiefend zu analysieren.<sup>3</sup>

### Die deutsche Nachkriegskultur

Dieser Ausflug in die Politologie der politischen Kultur will nicht belehren, sondern etwas aufzeigen. Politische Kultur hat mehr mit politischen Traditionen zu tun, als mit einem kulturellen Theaterereignis oder kurzfristigen Kulturbewegungen. Sie hat mehr mit Bildung/Erziehung zu tun, als mit aktuellem politischem Verhalten. Dieses ist erst das Ergebnis von längerfristigen Ausbildungsphasen, die sich keineswegs durch eine einfache Schulreform von oben, so schwer selbst diese ist, wie wir seit den siebziger Jahren wissen, bewerkstel-

---

1 Peter Reichel, Politische Kultur der Bundesrepublik, Opladen 1981.

2 Max Kaase, Sinn oder Unsinn des Konzepts „Politische Kultur“ für die vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: ders. und H. D. Klingemann, (Hrsg.), Wahlen und politisches System, Opladen 1983, S. 144 ff.

3 Einen guten Überblick bietet die Sammelrezension von Dirk Berg-Schlosser, Politische Kultur der Bundesrepublik: Ansprüche und Wirklichkeit, in: Soziologische Revue 7 (1984), S. 339 ff.

ligen lassen, sondern vielmehr in Erziehungsstilen der Familie und aller anderen heimlichen Erzieher des Alltags eingeschlossen ist.

Deshalb konnte die deutsche politische Kultur der Nachkriegszeit nicht durch Potsdamer Beschlüsse und Entnazifizierung demokratisiert werden, nicht durch das demokratische Engagement von Minderheiten aus dem Widerstand, der Arbeiterbewegungen, der Kirchen, der Jugendlichen, der Intellektuellen entwickelt werden. Die Restauration der fünfziger und sechziger Jahre ist nur folgerichtig, wenn man bedenkt, daß Deutschland eben durch keine antifaschistische Bewegung des Widerstandes sich selbst befreit hat. Wo sollten denn die Massen von engagierten Demokraten 1948 und auch noch 1958 herkommen?

Der Kern demokratischen Engagements, der sich besonders um Sozialdemokratie und Gewerkschaften, aber auch um unabhängige Künstler, Wissenschaftler und Journalisten kristallisierte - von der Gruppe 47, über die Göttinger Sieben bis zum Spiegel, zu den Frankfurter Heften und anderen linksliberalen Blättern -, mußte erst durch lange Aufklärungsarbeit wachsen, um in den sechziger Jahren zu einer breiten Aufbruchbewegung der Studenten und politisch aktiven Wissenschaftler gegen Notstandsgesetzgebung und große Koalition zu führen, die ein zuvor selten erlebtes breites Bündnis auch mit Gewerkschaftern erfahrbar machte.

Der „Abschied von der autoritären Demokratie“ des „CDU-Staates“<sup>4</sup> wurde 1969 vollzogen. Er ließ in den drei Jahren bis 1972 eine vorher kaum gekannte Euphorie der Machbarkeit von Reformen, von mehr Demokratie, von politischem Aufbruch in Ostpolitik und Entspannung spüren.

Seither haben Wirtschaftskrisen und Krisenherde der Weltpolitik diese Euphorie von mehr Demokratie und Entspannung verfliegen lassen. Schließlich hat die Rückkehr der konservativ-liberalen Regierung an die Macht 1982 die politische Situation der fünfziger Jahre wiederhergestellt. Wirklich? Ist die politische Kultur auch restauriert? Viele Anzeichen sprechen dagegen. Man muß nicht so weit gehen wie Max Kaase, der als empirisch arbeitender Politikwissenschaftler ein zu nüchterner Mann ist, um von einer „partizipatorischen Revolution“<sup>5</sup> in der Bundesrepublik zu sprechen. Daß ein Wertewandel in den siebziger Jahren stattfand, zeigen nicht nur die neuen sozialen Bewegungen - besonders die Umweltbewegung, die Frauenbewegung, die Friedensbewe-

---

4 Lothar Romain, Gotthart Schwarz (Hrsg.), Abschied von der autoritären Demokratie? Die Bundesrepublik im Übergang, München 1970; Gert Schäfer, Carl Nedelmann (Hrsg.), Der CDU-Staat. Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, Frankfurt 1969.

5 Max Kaase, Legitimitätskrise in westlichen demokratischen Industriegesellschaften: Mythos oder Realität? in: Helmut Klages, Peter Kmieciak (Hrsg.), Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt 1979, S. 337.

gung. Es gibt unspektakuläre Anzeichen, die auf viel tieferen Wandel hindeuten, als eine Großdemonstration es vermag. Wer benutzt heute noch den Begriff „wilde Ehe“? Die Meinungsforscher haben Schwierigkeiten, eine Frage nach der Gefahr des Bolschewismus bei Jugendlichen mangels Verständnis heute zu wiederholen. Es gibt zweifellos einen breiten und tiefen Wertewandel. Hin zu mehr Selbstbestimmung, Sensibilität, Gleichheit zwischen den Geschlechtern, mehr politischem Interesse. Die politische Wende nach rechts trotz Wertewandel, wie geht das zusammen? Keine politische Kultur ist eindimensional. Nationale politische Identität kann eben nicht den Nationalcharakter des Franzosen, des Engländers, des Russen, des Deutschen festmachen, die zusammen im Flugzeug sitzen, da sagt der Franzose zum Russen ... und so weiter, die einschlägigen stereotypen Witze sind sattem bekannt.

Nationale politische Kulturen sind gerade heute überaus vielschichtig und unübersichtlich, mit regionalen und lokalen Identitäten vielfach überlagert. Was sagt der Bayer aus Franken im Urlaub, wo er zu Hause ist? In Hof, in Oberfranken, in Bayern oder der Bundesrepublik? Ein neuer Regionalismus und Lokalismus wird allerdings zunehmend von den immer zentraler gesteuerten Medien, gerade den gepriesenen neuen Medien, bedroht.

Politische Kultur der Bundesrepublik, so mein *zweites Zwischenfazit*, ist also unübersichtlich, vielfach gebrochen, zwar seit den siebziger Jahren demokratisch breiter und tiefer internalisiert als jemals zuvor in der deutschen Geschichte. Aber sie ist doch nicht so verankert, daß nicht zu Beginn der achtziger Jahre eine bürgerliche konservativ-liberale Koalition mehrheitsfähig werden konnte, die es sich zum Programm gesetzt hat, mehr Leistung statt mehr Demokratisierung, mehr Stärke statt mehr Solidarität und Entspannung, mehr Investitionsförderung statt mehr soziale Sicherheit zurückbringen zu wollen. Die politische Kultur wird aber nicht durch diese Wählermehrheit allein geprägt. Es gibt kein Zurück in die fünfziger Jahre, weil die politische Sozialisation und Wertorientierung, weil Einstellungen und Verhalten in der Bevölkerung eine völlig andere geworden sind. Ein neuer CDU-Staat ist heute genausowenig möglich wie in den siebziger Jahren kein SPD-Staat drohte.

#### Politische Kultur nach Flick

Ein beträchtlicher Umweg der Argumentation führt uns nun zurück zur Ausgangsfrage: bedroht der Fall Flick die Republik? Signalisiert er den Verfall von politischer Kultur? Oder deckt er einfach den schmutzigen Alltag einer jeden Demokratie auf?

Die Fakten des Falles Flick, soweit bisher bekannt - mit weiteren Einzelheiten ist durchaus zu rechnen -, sind gut dokumentiert. Die Recherchen des

Spiegel, angestoßen durch die hartnäckige Arbeit des Steuerfahnders Förster, der einer besonders obskuren Spendenwaschanlage der Steyler Mission für den Flick-Konzern auf die Spur gekommen war, waren kontinuierlich nachzulesen. Sie wurden von anderen Zeitschriften ergänzt und liegen im Band von Kilz und Preuss<sup>6</sup> vor, der durch die geschwärzten Stellen in meiner Ausgabe indirekt anzeigt, was recht gesichert positiv behauptet werden darf. Der im Sommer zu erwartende Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Bundestages wird weitere Erkenntnisse dokumentieren. Nicht die Fakten müssen deshalb hier ausgebreitet, sondern einige Bedingungen und Folgerungen aufbereitet werden.

Die ganze Affäre Flick ist äußerst vielschichtig. Bisher sind sicher noch nicht alle Schichten freigelegt. Zum umfassenden Syndrom Flick gehören für mich drei Dimensionen, die aus je unterschiedlichem Blickwinkel die politische Kultur der Bundesrepublik beleuchten: (1) der Fall Flick mit seinem Hauch von Korruption und Skandal in der Politik. Es ist zugleich eine Geschichte vom Waschen schmutziger Wäsche; (2) die Parteienfinanzierung durch Steuerhinterziehung mittels illegaler Spendenquittungen. Dies ist die Geschichte vom Geldwaschen und (3) der Versuch einer Amnestie und die Versuchungen des neuen Parteienfinanzierungsgesetzes. Hier haben wir die Geschichte vom Reinwaschen hinter uns (oder vor uns?).

(1) Zum Fall Flick selbst also keine Einzelheiten. Es ist ein handfester Skandal, wie hier ein Konzern die „Pfleger der politischen Landschaft“ in Bonn betrieb. Die engen Wechselbeziehungen zwischen Konzernmanagern, Ministerialbürokratie, Parlament und Regierung sind in ihrer selbstverständlichen Vertrautheit, einschließlich Übergabe vertraulicher Geldkuverts, wie im Untersuchungsausschuß von Kohl, Strauß, Friederichs, aber auch von Sozialdemokraten und nicht zuletzt von Flick selbst zugegeben, der die Chuzpe besaß, den bürgerlichen Parteien großzügige Unterstützung auch im nächsten Wahlkampf anzudienen, widerwärtig. Sie sind ein politischer Skandal und erregen Anstoß.

Die Anstößigkeit eines Skandals zeigt durchaus, daß die öffentliche Meinung sich engagieren und noch aufregen kann. Skandale können nicht einfach erfunden oder gemacht werden. Zum Skandal in der Politik gehören Medien, die aufdecken und Emotionen mobilisieren. Das ist nichts Schlechtes, denn auch der Unterhaltungswert und Lustgewinn durch Affären, vermittelt über die Presse, hat seine Funktion.

Die Aufregung über einen Skandal ist ein Teststreifen für das Unrechtsbewußtsein in einer politischen Kultur. Sicher ist kein politisches System der Erde

---

<sup>6</sup> Hans Werner Kilz, Joachim Preuss, Flick. Die gekaufte Republik, Reinbek 1984.

von Korruption völlig ausgenommen.<sup>7</sup> Die Formen wechseln. Auch Deutschland hat eine Geschichte von Korruptionsfällen. Schon bei der Entscheidung für Bonn als (provisorische!) Bundeshauptstadt 1949 soll Geld im Spiel gewesen sein. Die preußischen Tugenden waren auch früher mehr für Sonntagsreden, denn bereits Bismarck schmierte kräftig, um Preußens Führung im Kaiserreich zu sichern. Berühmt und berüchtigt ist auch das Ausmaß von Korruption in der Geschichte der USA oder Englands, wo Parlamentssitze lange käuflich waren. In der Dritten Welt ist Korruption sowenig unbekannt, wie wieder in ganz anderen Formen in den sozialistischen Staaten, ob im Alltag für Dienstleistungen oder etabliert im System der Nomenklatura.

Skandale, durch die politische Korruption aufgedeckt wird, zeigen immerhin eine politische Verarbeitungskapazität an, die lange nicht in jedem System möglich ist. Nicht der Skandal an sich, nicht der Tatbestand von Korruption ist deshalb Verfallsvorbote, entscheidend bleibt die Chance von Aufdeckung und Aufklärung.

Der Fall Flick für sich kann damit keine Rechtfertigung erfahren. Das Waschen schmutziger Wäsche in Presse und Untersuchungsausschuß spülte vieles ans Licht. Das ist immerhin etwas. Ob der ganze Skandal wirklich reinigend wirkt wie ein Gewitter oder gar „kathartisch“ wie das Unheil in einer griechischen Tragödie scheint mir allerdings eher unwahrscheinlich.

(2) Die zweite Dimension des Flicksyndroms besteht in der epidemischen Praxis von Parteienfinanzierung auf illegalen Umwegen, um durch Spendenquittungen Steuern sparen zu können. Es laufen immer noch hunderte von Verfahren gegen Unternehmen, die durch Scheingutachten, Blindanzeigen, Mitgliedschaft in Quasi-Berufsverbänden oder besonders über „staatsbürgerliche Vereinigungen“ Geldzuwendungen an Parteien einerseits als gemeinnützig steuerlich absetzen und so andererseits die Offenlegung der Parteispenden nach der im Grundgesetz vorgeschriebenen Rechenschaftspflicht der Parteien vermeiden konnten. Mit viel Phantasie und beträchtlicher Energie wurde das Geld gewaschen.

Auch dieser Skandal wurde aufgedeckt und wird von der Justiz verfolgt. Im Gegensatz zum Abgrund, in den man im Kernfall Flick blickt, handelt es sich hier durch die Zahl der Beteiligten um einen breiten Sumpf, der für die politische Kultur tückischer sein kann. Paul Noack hat in seiner lesenswerten Abhandlung über die „Korruption - die andere Seite der Macht“ die deutschen Nachkriegsaffären in vier Stadien eingeteilt:<sup>8</sup>

---

<sup>7</sup> Paul Noack, *Korruption - die andere Seite der Macht*, München 1985.

<sup>8</sup> Noack, a.a.O., S. 113 ff.



Das erste betraf die *Beamten*, mit vergleichsweise bescheidenen Summen, z. B. in den fünfziger Jahren die freie Benutzung von Leihwagen; das zweite betraf die *Abgeordneten*, besonders in der erregten Atmosphäre des Mandatswechsels und des Mißtrauensvotums gegen Willi Brandt Anfang der siebziger Jahre; das dritte betraf die *Verbände* am Beispiel des Skandals um Albert Vietor und die Neue Heimat und das vierte Stadium schließlich wird „*das große Netzwerk*“ genannt. Damit ist zutreffend die Verknüpfung des Falles Flick mit Parteispenden, Steuerhinterziehungen, Bestechungsvorwürfen und „Umwegfinanzierungen“ gekennzeichnet.

Die politische Moral, die erlaubt, daß solche Geldwaschanlagen in großem Stil betrieben werden konnten, erscheint mir bedenklicher als jede klare, lokalisierbare Korruptionsaffäre im Einzelfall. Das fehlende Unrechtsbewußtsein, das behauptet, es sei doch alles staatspolitisch achtbar, was parteipolitisch finanziert wurde, denn der einfache Handwerksmeister könne doch nicht wissen, und so weiter, dieses fehlende Unrechtsbewußtsein ist ein Symptom, das ungleich schwieriger zu heilen ist, als irgendein spektakulärer Skandal in der Einzahl.

Es ist die Stunde der Pharisäer, wenn gerade diejenigen das Hohelied der politischen Staatsmoral anstimmen, die darauf pochen, es sei doch alles mit Recht und Ordnung zugegangen, ohne Gespür für politischen Stil und Moral. Natürlich brauchen die Parteien Geld zur Erfüllung ihrer Aufgaben, die vom Grundgesetz ihnen übertragen wurden. Aber nach leidigen Erfahrungen aus dem Ende der Weimarer Republik hat das Grundgesetz eine klare offene Rechenschaftspflicht vorgeschrieben. Das Bundesverfassungsgericht hat sich unmißverständlich ausgedrückt, immer wenn es um das Verhältnis der Parteien zum Geld ging.<sup>9</sup>

Von Gerstenmaier über Filbinger bis Barzel und auch zu Vietor hat es immer wieder hohle Worte gegeben, wenn strikte Legalität des Handelns reklamiert wurde, ohne Gespür für Legitimität und Grenzen des Zumutbaren zu zeigen. Helmut Kohl verkörpert ebenfalls diese mangelnde Einsicht, wenn er im Mai 1984 auf der Jahrestagung des BDI den Parteispendern mit den Worten dankte: „Vertrauen gegen Vertrauen . . . Für mich gilt, daß Sie uns geholfen haben und daß ich selbstverständlich dazu stehe, daß das nicht mit einem Dankeschön zwischen Tag und Zwielicht abzutun ist. . .“<sup>10</sup>

Politische Kultur lebt von der Anerkennung der demokratischen Normen bei den Bürgern, die mehr sind als Gesetzestreue. Dies gilt noch stärker für

---

<sup>9</sup> Vgl. den Beitrag von Peter Lösche in diesem Heft.

<sup>10</sup> Protokoll der Jahrestagung 1984 des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. vom 14./15. Mai 1984 in Bonn.

öffentliche Mandatsträger in Parteien, Parlamenten und Regierungen. Ein interessenorientiertes Verhalten jedes Unternehmens ist legitim, und es wäre naiv, etwas anderes zu erwarten. Aber für Mandatsträger müssen andere Regeln gelten, die man auch nicht in einem geschriebenen Ehrenkodex für Bundestagsabgeordnete wirksam fixieren kann. Politische Moral kann man nicht mit dem Strafgesetzbuch verfolgen; wenn das nötig wird, dann ist sie bereits durchlöchert.

(3) Die Amnestie von Straftatbeständen im Zusammenhang mit Parteispenden ist zwischen 1981 und 1984 mehrfach versucht worden. Es wird durchaus die These vertreten, daß das Scheitern des ersten Amnestieentwurfs im Winter 1981/82 eine mitentscheidende Bruchstelle der sozial-liberalen Koalition gewesen sei.<sup>11</sup> Der letzte Amnestieversuch vom Sommer 1984 gehörte sicher zu den bisher schwersten innenpolitischen Belastungen der konservativ-liberalen Koalition. Eine Amnestie der Parteispender durch die politischen Parteien im Parlament hätte Steuerstraftatbestände und vielleicht sogar Ärgeres betroffen, von denen die Parteien selbst als Spendenempfänger profitiert hätten - eine Amnestie also im durchaus eigenen Interesse, die jeder politischen Moral Hohn spricht. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, hat sich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit dazu geäußert: „Wenn ein Abgeordneter für seine eigene Amnestie stimmt, ist das dem erwähnten 'Mißbrauch des Mandats in gewinnsüchtiger Absicht', also der Erzielung finanzieller Vorteile, zumindest gleichzusetzen" (Der Spiegel, Nr. 43, 1984, S. 23). Obwohl von der Fraktionsspitze der SPD mitverantwortet, brachte die Fraktionsmehrheit der SPD den ersten Versuch einer Amnestie 1981 noch zur Zeit der sozial-liberalen Koalition zu Fall; und am Widerstand von Fraktion und Landesorganisationen der FDP scheiterte der letzte Versuch von 1984. Die Opposition der unbelasteten Grünen dagegen ist selbstverständlich.

Für die politische Kultur der Bundesrepublik sind diese Amnestieversuche das ärgste Symptom im gesamten Flick-Syndrom. Denn diese indirekte Selbstamnestie offenbart ein Politikverständnis, das den Staat zum Parteibesitz erklärt. Kann man erleichtert darüber sein, daß eben diese Amnestie durch öffentliche Meinung und engagierte Abgeordnete vereitelt wurde? Sicher war bei den Protagonisten der letzten Amnestie nicht nur Einsicht, sondern auch Furcht vor dem Bundesverfassungsgericht für den Rückzug mitverantwortlich. Aber immerhin war die Empörung in den Medien diesmal nicht auf wenige linksliberale Wochenzeitschriften beschränkt, sondern recht einhellig bis sogar in konservativ-liberale Zeitungen hinein. Aber die Befriedigung über den Erfolg des öffentlichen Drucks hat einen schalen Beigeschmack.

---

<sup>11</sup> Noack, a.a.O., S. 165.

Denn das Parteienfinanzierungsgesetz von 1984 versucht, Zustände zu legalisieren, die eindeutig der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zuwiderlaufen. Dies betrifft besonders die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden, die den gemeinnützigen Vereinen angenähert wurde. Es ist kaum je ein Gesetz vom Bundestag sehenden Auges verabschiedet worden, das so große Chancen hat, vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig abgelehnt zu werden.<sup>12</sup> Die sich hinter einem solchen Vorgehen zeigende öffentliche Moral kann sicher kein Leitbild der politischen Bildung werden.

Gerade in eigener Sache sollte mehr politische Sensibilität herrschen, wenn Staats- und Parteienverdrossenheit beklagt wird. Das Bundesverfassungsgericht hat anlässlich eines Urteils zu Abgeordneten-Diäten das Nötige gesagt, das sich auch auf das „große Netzwerk“ von Parteispenden, Parteienfinanzierung und Amnestie versuchen anwenden läßt:

„In einer parlamentarischen Demokratie läßt es sich nicht vermeiden, daß das Parlament in eigener Sache entscheidet, wenn es um die Festsetzung der Höhe und um die nähere Ausgestaltung der mit dem Abgeordnetenstatus verbundenen finanziellen Regelungen geht. Gerade in einem solchen Fall verlangt aber das demokratische und rechtsstaatliche Prinzip (Art. 20 GG), daß der gesamte Willensbildungsprozeß für den Bürger durchschaubar ist und das Ergebnis vor den Augen der Öffentlichkeit beschlossen wird. Denn dies ist die einzig wirksame Kontrolle. Die parlamentarische Demokratie basiert auf dem Vertrauen des Volkes; Vertrauen ohne Transparenz, die erlaubt zu verfolgen, was politisch geschieht, ist nicht möglich“ (*BVerfGE* 40/296; 327).

Wo bleibt angesichts so klarer Worte die analytisch und zugleich kritisch angesetzte Politikwissenschaft, die Folgerungen zieht?<sup>13</sup>

In den sechziger Jahren, zur Zeit der Großen Koalition und der Notstandsdebatte waren Aufmerksamkeit und Aufnahmebereitschaft für die Diskrepanz von Verfassung und Verfassungswirklichkeit größer als heute. Die Etablierung der Politikwissenschaft hat sie wohl nicht sensibler oder mutiger gemacht. Nicht nur politische Kulturforscher, auch Parlamentarismus, Parteien- und Verbändeforscher, Staats- und Verfassungstheorie sind zu überprüfen, ob sich ein Flick-Syndrom mit ihnen angemessen erklären läßt. Jedenfalls wäre es zu einfach, zu behaupten, Flick zeige, daß die Stamokap-Theorie doch recht habe. Denn diese unterstellt, daß der Staat sowieso das Geschäft des Kapitals betreibt. Wozu dann Bestechung oder, netter gesagt, Herrenaussstattung zur Pflege der Bonner Landschaft?

---

<sup>12</sup> Hans Herbert von Arnim, Verfassungsrechtliche Aspekte der Neuordnung der Parteienfinanzierung, in: aus politik und Zeitgeschichte, B 8/1984, vom 25. 2. 84, S. 9 ff.

<sup>13</sup> Göttrik Wewer, Parteienfinanzierung und „Rechtspflege“ - einige Thesen zugleich eine Aufforderung an die Politikwissenschaft mitzudiskutieren, in: Polit. Vierteljahresschrift 25 (1984), S. 320 ff.

## Und die Moral von der Geschichte

Politische Kultur ist dickfellig und zerbrechlich zugleich. Sie reagiert nicht auf jede Mode, auch einzelne Wahlergebnisse sagen nicht genug. Aber sie verändert sich unmerklich und sensibel. Symbole wie die Flick-Affäre zerstören keine politische Moral; sie sind eher Signal für bereits abgestorbene Reflexe. Alle Skandale bieten immer große Stunden für Pharisäer, die ihre doppelte Moral vorführen. Aber es gibt nicht nur die großen, sondern gerade auch die vielen kleinen Flicks in uns allen. Wer sucht nicht seinen Vorteil, sein Interesse zu wahren? Wer schummelt denn nicht einmal ein bißchen, wenn es keine Person, sondern die große Anonymität betrifft, wie Steuer oder Versicherungen? Gibt es überhaupt eine Moral, wenn alles fließend ist? Tatsächlich sind die Grenzen außerordentlich schwer zu bestimmen, obwohl es Annäherungen dafür gibt, in der Ethik, in der Philosophie und Religion, aber auch in den Skrupeln jedes einzelnen im Alltag, eine Grenze des Zumutbaren nicht zu überschreiten. Es gibt eine private Moral, die sich hinter der öffentlichen nicht verstecken muß.

Die Gewerkschaften haben ebenfalls keinen Grund zum Pharisäertum angesichts der Affäre Albert Vietor und dem Fall der Neuen Heimat. Persönliche Bereicherung auf Kosten der Solidargemeinschaft als Kern dieser Affäre hat Öffentlichkeit und Mitgliedschaft empört. Aber diese Empörung war gerade deshalb stärker, weil das Zutrauen in die gewerkschaftliche Moral größer gewesen war und damit die Fallhöhe schmerzhafter. Einmal aufgedeckt gab es hier keine Amnestie versuche oder Vertuschungen, denn in den Gewerkschaften selbst waren Empörung und Enttäuschung echt. Man ging daran, Ursachen und Folgen abzuarbeiten, statt zuzudecken.

Politische Affären und Skandale sind in einer politischen Kultur durchaus normal - solange die Chance der Aufdeckung und Aufklärung bleibt. Politische Korruption ist allgegenwärtig - solange sie öffentlich skandalisiert werden kann und Betroffenheit erregt, ist sie keine Verfallserscheinung der politischen Sitten. Moral und Pharisäertum liegen immer eng beisammen. Moral kann man nicht herbeireden, man muß sie praktizieren. Die Politikwissenschaft steht politischen Affären recht hilflos gegenüber. Der gut recherchierende Journalist ist ihr hier bei weitem überlegen. Politische Kulturforschung muß sich aber auch dieser Schattenseite der Macht zuwenden.

Denn nicht der Tatbestand von Skandal und Affäre, von Korruption und fehlender Steuermoral ist an sich so bedenklich, sondern das Muster der Aufklärung, die Art der politischen und gesellschaftlichen Verarbeitung durch Betroffene und Öffentlichkeit, die Fähigkeit, noch Skrupel zu haben, dies alles ist ungleich wichtiger für eine politische Kultur. Das Flick-Syndrom bietet hier eine Fülle von Erkenntnissen, die noch lange nicht ausgeschöpft ist.